

EINBÜRGERUNGSGESETZ: PARITÄTISCHER BEGRÜSST REFORMPLÄNE UND WARNT VOR STIMMUNGSMACHE

28. November 2022



(Berlin) Migrantinnen und Migranten sollen zukünftig nach fünf statt acht Jahren deutsche Staatsbürger*innen werden können - bei besonderen Integrationsleistungen sogar nach drei. Außerdem soll die Einbürgerung nicht mehr am Besitz einer anderen Staatsangehörigkeit scheitern. Der Paritätische Gesamtverband, bei dem zahlreiche Migrant*innen-Organisationen Mitglied sind, begrüßt die Reformpläne der Bundesregierung ausdrücklich.

"Eine leichtere Einbürgerung ist auch ein Zeichen von Respekt vor den Migrantinnen und Migranten, die ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft sind", findet Harald Löhlein, Leiter der Abteilung Migration und Internationale Kooperation beim Paritätischen Wohlfahrtsverband. Daher begrüße der Verband die Reform des Einbürgerungsrechts, die sich mit langjährigen Forderungen des Verbandes deckt.

Gleichzeitig warnt Löhlein mit Blick auf die Union, dieses Thema für fremdenfeindliche Ressentiments zu missbrauchen: "Die Kritik der Opposition darf keinesfalls auf den Rücken der Menschengeschichten übertragen werden und überkommene Vorurteile wieder beleben. Wir erwarten von der CDU und CSU einen konstruktiven Umgang statt populistischer Stimmungsmache."

Darüber hinaus betont Harald Löhlein, dass es bei der Reform nicht bleiben darf und regte strukturelle Verbesserungen an. "Integration funktioniert nur in einer guten Organisationsstruktur. Auch die Einbürgerungsbehörden müssen gut ausgestattet sein, um Anfragen zügig bearbeiten zu können. Hier sehen wir Nachholbedarf", so Löhlein weiter.

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Telefon: 030 24636-305

E-Mail: [pr\(at\)paritaet.org](mailto:pr(at)paritaet.org)